

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Vormittag), 5. März 2020 / Jeudi matin, 5 mars 2020

Bau- und Verkehrsdirektion / Direction des travaux publics et des transports

33 2019.BVE.11045 Kreditgeschäft GR

Zu erneuernde Ausgabenbewilligungen für die Weiterführung bestehender kantonaler Anmieten in der Ausgabenkompetenz des Grossen Rates. Sammelbeschluss 2020 für Verpflichtungskredite

33 2019.BVE.11045 Affaire de crédit GC

Autorisations de dépenses à renouveler pour la prolongation de locations cantonales relevant de la compétence du Grand Conseil. Arrêté collectif 2020 sur les crédits d'engagement

Präsident. Wir kommen zu Traktandum 33, Ausgabenbewilligung, ein Kreditgeschäft. Auch dieses untersteht dem fakultativen Finanzreferendum. Deshalb führen wir eine offene Debatte. Ich gebe dem Sprecher der BaK das Wort. Grossrat Bärtschi, Sie haben das Wort.

Antrag Leuenberger, Trubschachen (BDP)

Der Kredit 3.3 für die Anmiete von Räumlichkeiten an der Münsterstrasse 45/47 in Bern (Personalamt) ist abzulehnen.

Proposition Leuenberger, Trubschachen (PBD)

Rejeter le crédit 3.3 pour la location de locaux à la Münsterstrasse 45/47, Berne (Office du personnel).

Alfred Bärtschi, Lützelflüh (SVP), Kommissionssprecher der BaK. Wir haben hier ein normalerweise langweiliges Geschäft. In diesem Jahr kam ziemlich Bewegung in dieses Geschäft. Es geht um die Ausgabenbewilligungen für bestehende kantonale Anmieten, bei denen die Ausgabenkompetenz beim Grossen Rat liegt. Dies ist im Interesse des Grossen Rates und aller Anwesenden. Es wird eine Übersicht erstellt, die in einem Sammelbeschluss zur Abstimmung kommt. Die zu bewilligenden Objekte können einzeln verhandelt werden, und es kann auch einzeln darüber abgestimmt werden. Für die unter Ziffer 3.1 bis Ziffer 3.3 aufgelisteten Mietobjekte sind neue Ausgabenbewilligungen erforderlich, damit die bestehenden und bewährten Mietverhältnisse weitergeführt werden können. Die bestehenden Ausgabenbewilligungen sind befristet und daher zu erneuern. Bei den unter Ziffer 3.4 und Ziffer 3.5 aufgeführten Mietobjekten kann demnächst eine vertragliche Option zur Verlängerung der Mietdauer ausgeübt werden, oder es besteht eine automatische Verlängerung mit entsprechenden Kündigungsfristen. Die unter Ziffer 3.6 und Ziffer 3.7 aufgeführten Mietobjekte entsprechen nicht mehr den aktuellen Verhältnissen und müssen erneuert und durch Nachträge ergänzt werden. Unter Ziffer 3.8 bis Ziffer 3.15 sind Anmieten aufgeführt, bei denen zurzeit noch unbefristete Ausgabebewilligungen bestehen, die mit dem vorliegenden Grossratsbeschluss befristet werden sollen. Es ist so, dass der Grosse Rat vor einiger Zeit den Regierungsrat aufgefordert hat, in diesen Liegenschaften ... – Sorry, meine Sprechunterlagen sind verrutscht. Das ist ja der Antrag Leuenberger. Dieser kommt später dran.

Wir haben zu diesen Anmieten diverse Fragen gestellt. Sie wurden von der Verwaltung schlüssig und gut beantwortet. Speziell zum Schwerverkehrszentrum an der Milchstrasse 10 haben wir noch intensive Abklärungen treffen müssen, haben dann aber auch dort schlüssige Antworten erhalten. Wir haben zu einzelnen Objekten einzelne Abstimmungen durchgeführt. Damit alle wissen, wie es lief: Bei Geschäft 3.4 waren es 11 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen, bei Geschäft 3.7 12 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen, bei Geschäft 3.10 waren es 12 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen, bei Geschäft 3.11 schliesslich, dem Schwerverkehrszentrum, waren es 15 Ja, 0 Nein und 2 Enthaltungen.

Die BaK empfiehlt schlussendlich mit 16 zu 0, den Verpflichtungskrediten zuzustimmen. (*Der Redner wendet sich an den Präsidenten. / L'orateur s'adresse au président.*) Muss ich jetzt etwas zum Antrag Leuenberger sagen, oder kommt dieser später an die Reihe? – Okay. Wir haben einen Antrag Leuenberger. Ich erwähne ganz kurz: Wir hatten in Folge der Diskussion zum Strassenverkehrszentrum, worüber wir vorhin abgestimmt haben, zu wenig Zeit, uns mit dieser Motion, dem

Antrag Leuenberger, noch auseinanderzusetzen. Wir konnten kurz mit der Diskussion beginnen, aber für eine Abstimmung reichte es leider nicht mehr. Ich kann deshalb für die Kommission keine Ja- oder Nein-Parole bekannt geben.

Präsident. Damit kommen wir zum Antragsteller, Samuel Leuenberger, BDP.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Ich beantrage Ihnen, bei diesem ganzen Paket den Kreditantrag für die Münsterergasse 45/47 in Bern abzulehnen. Weshalb? – Ich gebe zu, diese Münsterergasse 45/47 ist ein wenig ein Bauernopfer. Aber es ist der einzige Antrag in diesem ganzen Paket, der aus meiner Optik in der Altstadt von Bern und im Stadtzentrum von Bern ist. Dieses Parlament hat im Jahr 2015 einen Vorstoss (*M 266-2014*) überwiesen, der vom Regierungsrat verlangt, die kantonalen Verwaltungseinheiten, die nicht publikumswirksam sind, aus der Berner Innenstadt abziehen und in geeignete Zweckbauten in der Peripherie oder Agglomeration zu verlegen. Dieser Vorstoss (*M 266-2014*) wurde von diesem Parlament mit 119 Ja-Stimmen ohne Diskussion überwiesen. Der Regierungsrat stimmte diesem Vorstoss (*M 266-2014*) ebenfalls zu.

Was wir seither merken, und was ich auch aufgrund der Anträge herausfinde, welche die BaK manchmal stellt, ist, dass diesbezüglich nicht so wahnsinnig viel läuft oder – auf Emmentaler Deutsch – «gar nüt!». Wir hatten zwar etliche Verschiebungen von Räumlichkeiten, beispielsweise des Handelsregisteramts – eine publikumswirksame Verwaltungseinheit, die man entgegen der Begründung des Vorstosses (*M 266-2014*) nach Ostermundigen zügelte –, und andere Einheiten, die man hin- und herschob. Aber in der Altstadt von Bern ist diesbezüglich, was die Verwaltungen des Kantons Bern anbelangt, meiner Ansicht nach nicht viel bis gar nichts gelaufen. Weshalb es so ist, kann ich nicht beurteilen. Das Einzige, was ich als Grossrat mit diesem Parlament tun kann, ist, ein Zeichen und ein Ausrufezeichen zu setzen, und leider eben auch ein Bauernopfer zu suchen, mit dem man im Rahmen eines Geschäfts genau darauf aufmerksam machen kann. Kolleginnen und Kollegen, wenn wir hier im Saal Vorstösse überweisen und dann das Gefühl haben, es laufe nichts, und wir machen auch nichts, dann wird auch zukünftig nichts laufen. Das ist der Grund, weshalb ich den Antrag hier stelle – damit wir überhaupt wieder einmal über diese Fragen diskutieren, und vor allem, damit Sie die Möglichkeit haben, Ihren Unmut über die momentane Situation kund zu tun. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen, und ich bitte auch den Regierungsrat, die entsprechenden Voten und die Kritik, die hier geübt wird, ernst zu nehmen.

Präsident. Für die BDP, Bernhard Riem.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Das Geschäft mit den Anmieten kommt zum wiederholten Mal in den Grossen Rat. Genau genommen kommt es jedes Jahr wieder in den Grossen Rat. Ein paar Mietgeschäfte konnten wir schon vor Jahren bewilligen. Sie kommen jetzt wieder mit der Verlängerung von Verträgen. Aufgefallen ist mir das Geschäft betreffend die Rue Centrale in Moutier. Das gab letztes Mal zu reden. Ich stelle fest, dass der Quadratmetermietpreis diesmal gesunken ist. Danke für die Bemühungen. Ich bin überzeugt, dass die Vorlage der Geschäfte über 200'000 Franken in der Kommission und im Grossen Rat einen Sinn hat. Es mag für die Verwaltung und für den Regierungsrat vielleicht mühsam sein, und es wurde früher von dieser Seite ja auch bekämpft. Aber es schärft unser Bewusstsein für die enormen Zinskosten, die wir jedes Jahr für diese Mietliegenschaften bezahlen müssen.

Unsere Fraktion ist nicht überzeugt, dass man das im Regierungsrat auch so sieht. Ich komme darauf zurück. Das Päcklein, über das wir nun befinden werden, kostet fast 10 Mio. Franken. In Zeiten, in denen die öffentliche Hand am Kapitalmarkt ungefähr 0 Prozent Zinsen bezahlt, muss man sich fragen, ob wir nicht besser ins Eigentum des Kantons investieren sollten. Für mich ist diese Frage längststens beantwortet: Mit eigenen Verwaltungsbauten, zum Beispiel in einem Verwaltungsgebäude am Schermenweg oder sonst wo, könnten wir Geld sparen, die Effizienz der Verwaltung erhöhen und die vielen ineffizienten Räumlichkeiten mit grossem Unterhaltsbedarf in der Berner Altstadt endlich verlassen. Viel extensiver können unsere Gebäude in der Altstadt kaum bewirtschaftet und betrieben werden. Sie sind für das Leben in der Altstadt auch nicht wirklich ein Gewinn. Die Bundesverwaltung ist in diesem Prozess weit fortgeschritten. Swisscom, Post, SBB und andere haben das längst vollzogen. Mit verschiedenen Vorstössen versuchen wir von der BDP immer wieder, Bewegung in diese Sache zu bringen. Diese Vorstösse werden in der Regel hier breit unterstützt, und dann passiert wieder nichts, oder zumindest wenig. Ich kann das nicht verstehen, Kollege Leuenberger auch nicht. Er hat deshalb die Unterstützung unserer Fraktion für seinen Antrag. Das Objekt

Münstergasse 45/47 widerspricht der Motion (M 266-2014), die wir 2015 fast einstimmig überwiesen haben. Wir bitten Sie, diesen Antrag zu unterstützen, und nicht die Sachzwänge. Wir kommen beim Traktandum «Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse» mit weiteren Anträgen in dieser Sache. Wir halten gar nichts davon, dass alle diese Vorstösse erfüllt seien. Sie sind noch lange nicht erfüllt. Wir haben den Eindruck, dass der Regierungsrat und die Verwaltung die Altstadt nicht verlassen wollen. Zusammenfassung: Wir stimmen diesen Anträgen zu, ausser dem Geschäft Münstergasse 45/47. Wir werden diesem Geschäft auch bei terminlichen Sachzwängen nicht zustimmen. Schliesslich ist die Motion (M 266-2014) seit fünf Jahren überwiesen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Marianne Dumermuth.

Marianne Dumermuth, Thun (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion will kein Bauernopfer. Das heisst, es ist viel zu kurzfristig und ein wenig aus dem Handgelenk, dass man jetzt einen Vertrag – respektive, dass das Personalamt innerhalb von anderthalb Jahren zügeln müsste. Wir unterstützen die Strategie, dass man längerfristig und in geordneten Bahnen, und wissend, wohin genau, die Mieten in der Altstadt auflöst. Das ist nicht grundsätzlich nicht in unserem Sinn. Aber in diesem Fall lehnen wir den Antrag Leuenberger ab. Wir konnten diesen ja nicht einmal besprechen, er kam relativ spät.

Alfred Bärtschi, Lützelflüh (SVP). Es ist so: Der Grosse Rat hat im Jahr 2015 den Entscheid so gefällt – damals leider ohne Diskussion, wie Samuel Leuenberger schon erwähnt hat. Aber nach unserem Verständnis – vielleicht hatten wir zu wenig Verständnis für den damaligen Vorstoss (M 266-2014) – hat sich das mehr auf Eigentum beschränkt, und es ging nicht in erster Linie um Mieten. Bei Mietobjekten ist die Ausgangslage eben schon anders. Es kommt darauf an, ob dieses Mietobjekt wirklich teuer ist, ob es dem Zweck dienlich ist, wie im Haus das Verhältnis zur Verkehrsfläche ist, also ob viel Platz ungenutzt ist. Dann relativiert sich das ein wenig. Wir haben diesen Antrag in der Fraktion auch nicht besprechen können, weil er so spät kam.

Ich empfehle für ein anderes Mal schon: Die BDP hat zwei Mitglieder in der BaK, und man hätte das dort vorbringen können. Aber man bringt es erst jetzt. Das ist für mich sehr kurzfristig. Für eine gute Abklärung wäre es wünschenswert, wenn der Antrag schon in der BaK gestellt worden wäre. In diesem Sinn: Unsere Fraktion wird wahrscheinlich, so sein wie immer, sehr farbig werden; es werden wohl rote, schwarze und weisse Knöpfe gedrückt werden.

(Unruhe. Der Präsident ermahnt den Rat zur Ruhe. / Agitation dans la salle. Le président exhorte l'assemblée à garder le silence.)

Daniel Klauser, Bern (Grüne). Ich konzentriere mich auf den Antrag Leuenberger, denn das ist der Teil, der umstritten ist. Die Fraktion Grüne stimmte dem Vorstoss (M 266-2014) zu, als er 2015 behandelt wurde. Wir werden ja auch noch über die Abschreibung diskutieren können. Im konkreten Fall will Samuel Leuenberger hier ein Exempel statuieren, wie er gesagt hat. Es gibt zu diesem Exempel in unserer Fraktion unterschiedliche Haltungen. Ein Teil wird mitmachen, damit ein Exempel zu statuieren und sagt, es gebe die überwiesene Motion (M 266-2014); diese solle man jetzt auch umsetzen. Und es gibt einen Teil der Fraktion, welcher der Meinung ist, man solle jetzt eben nicht ein Exempel statuieren, auch wegen des Ablaufs, weil der Vorstoss erst spät eingereicht wurde und in der Kommission nicht diskutiert werden konnte. Deshalb wird es in der Fraktion verschiedene Haltungen geben.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Ich äussere mich zum Antrag Leuenberger, BDP. Der EVP-Fraktion geht es genau gleich. Wir sind auch der Meinung, dass wir diesen Antrag in der BaK nicht diskutieren konnten. Wir sehen deshalb auch die Konsequenzen nicht, welche die Annahme dieses Antrags oder die Ablehnung dieses Kredits für diese Mietflächen hätte. Das ist unser Problem. Deshalb möchten wir hier nicht helfen, einfach so ins Operative einzugreifen.

Den Vorstoss (M 266-2014), der seinerzeit wollte, dass man die vom Kanton in der Altstadt gemieteten Büroflächen freispielt, haben wir unterstützt. Er hatte aber eine strategische Optik. Ich mache beliebt, dass wir jetzt nicht zu sehr ausmisten, und vor allem nicht einfach so aus der Hüfte schiessen, oder wie dieses Sprichwort oder Bonmot heisst. Wenn der Grosse Rat seinen Forderungen Nachdruck verleihen will, soll er es konsequent machen. Ich erinnere an das Geschäft, das wir vorhin beraten haben. Wir haben vor einem Jahr gesagt, wir möchten hier im Rat aufgezeigt erhalten: Wie sieht die Finanzierung der Grossprojekte aus und wie sieht die Priorisierung aus? – Wir haben es nicht aufgezeigt erhalten und haben gleichwohl ein Jahr später den Kredit so bewilligt. Ich finde,

wenn wir dem hier Nachdruck verleihen wollen, müssen wir es wirklich konsequent machen, eben vielleicht dort, wo es strategischeren Charakter hat.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Ursula Marti.

Ursula Marti, Bern (SP). Ich spreche nicht für die Fraktion. Meine Fraktion ist vernünftig und lehnt das ab. Ich möchte aber ganz persönlich meine Sympathie für diesen Antrag von Samuel Leuenberger bekunden. Ich werde ein Zeichen setzen und ihn annehmen, im Wissen darum, dass es sicher nicht die richtige Art ist, es so zu machen. Aber gerade auch als Stadtbernerin – und deshalb trete ich ans Rednerpult – regt es mich auf, dass man dieses Anliegen bis jetzt einfach nicht ernst genommen hat. Gerade auch aus Sicht der Stadt Bern wäre es attraktiv, wir hätten in der Altstadt nicht so viele Verwaltungen, sondern könnten aus den tollen Gebäuden, die es gibt, auch noch andere Sachen machen, die notabene vielleicht auch ein paar Steuereinnahmen bringen würden. Aber das ist nicht das Hauptargument. Man könnte in der Altstadt aus diesen Gebäuden wirklich mehr machen als einfach immer überall nur Verwaltungen. Deshalb von mir ein unvernünftiges Sympathie-Ja für diesen Antrag.

Präsident. Ich muss mich löffeln. Ich habe es nicht richtig notiert: Das war bereits eine Einzelsprecherin. Jetzt noch als letzter Fraktionssprecher, Ernst Tanner für die EDU.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). Die Motion dezentrale Verwaltung (*M 266-2014*) lehnte die EDU damals mit 3 Nein und 2 Enthaltungen ab. Ich habe es gestern extra noch einmal nachgeschaut. Wir wollen nicht, dass immer mehr Gebäude auf der grünen Wiese gebaut werden. Weshalb wir uns damals nicht gemeldet hatten: Wir hatten darüber diskutiert, dass wir als Kleinpartei die einzigen waren, die sich melden wollten. Aber deshalb sage ich jetzt: Wir werden diesem Antrag nicht alle zustimmen.

Präsident. Das Wort hat noch einmal Samuel Leuenberger.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Ich bin positiv überrascht. Ich habe eine andere Schelte erwartet. Ich habe einen Hinweis zur Differenzierung von Strategie und operativer Umsetzung, Kollege Aeschlimann: Ich bin vollkommen mit Ihnen einverstanden. Die ganze Strategie nützt einfach nichts, wenn man nachher immer bei der operativen Umsetzung darüber hinwegsieht und gerade das Gegenteil macht. Dann können wir noch lange irgendwelche Strategien machen und uns strategisch an unsere Strategien halten. Wenn wir das nicht in konkrete Taten umsetzen, wird diese Strategie nie Erfolg haben. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Präsident. Lieber Grossrat Leuenberger, die Schelte kommt noch: Ich gebe das Wort Christoph Neuhaus. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Christoph Neuhaus, Bau- und Verkehrsdirektor. Und das ist so sicher wie das Amen in der Kirche, Herr Grossratspräsident, geschätzte Frauen und Männer. Anmieten werden laufend bewirtschaftet und überwacht. Bei jeder auslaufenden Ausgabebewilligung überprüfen wir selbstverständlich: Ist dieser Standort sinnvoll? Dient er der Erfüllung einer kantonalen Aufgabe? – Wir schauen auch, ob man bessere Konditionen aushandeln kann. Es gibt immer wieder Standorte, die man nicht verlängert. Im 2019 waren das 11 Mietverhältnisse. Wir unterbreiten Ihnen heute 15 Kredite für Anmieten, für die wir ab dem Jahr 2020 einen neuen Ausgabenentscheid fällen müssen. Sie können über jeden Kredit einzeln befinden, und so auch über die Münsterergasse 45/47.

Jetzt eben an die Adresse von Grossrat Leuenberger: Er beantragt, dass man hier im Saal die Ablehnung dieses Kredits und die Abmiete der Münsterergasse beschliesst. Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht zu folgen, und ich hoffe, Herr Grossrat Leuenberger, dass Ihre Regierungsrätin mit Ihnen gesprochen hat. Denn es trifft primär sie. Es ist ganz klar, dass wir den Auftrag der Motion Leuenberger, «Für eine moderne Kantonsverwaltung – kostenbewusst und dezentral konzentriert» (*M 266-2014*), oder ganz kurz: «Raus aus der Altstadt!», ernst nehmen. Das erklärte Ziel ist: Die ganze Kantonsverwaltung soll langfristig in Verwaltungsgebäuden ausserhalb der Altstadt untergebracht werden. Dieses Ziel muss kontinuierlich verfolgt werden. Im vergangenen Sommer wurde die Liegenschaft Gerechtigkeitgasse 81 geleert, ein Gebäude, das die damalige JGK noch hatte, respektive die heutige DIJ. Das kantonale Jugendamt zügelte an die Hallerstrasse 5, das Jugendgericht an die Effingerstrasse 34, und die Justizleitung an den Nordring 8. Das Handelsregisteramt, auch von der JGK, ging raus nach Ostermundigen.

Wir gehen wie geplant vor, in Abstimmung mit den Nutzern und den Immobilienportfoliostrategien. Ich bin allen Grossrätinnen und Grossräten hier im Saal dankbar, wenn Sie mit Ihren Regierungsrätinnen und Ihren Regierungsräten sprechen: Rauszügeln aus der Altstadt. Ich habe jetzt Grossrätinnen und Grossräte gehört, die dem Ganzen das Wort sprachen. Ich bin dankbar, wenn Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen überzeugen. Eine sofortige Abmiete des Objektes Münsterergasse 45/47 wäre aber «überuteret» wie wir auf Berndeutsch sagen, und es wäre ein isolierter Entscheid. Ein solcher Entscheid macht vor allem auch aus wirtschaftlichen Überlegungen keinen Sinn. Die Raumanforderungen, die Lage aus Sicht der betrieblichen Abläufe und vor allem der Mietzins sind mit einem durchschnittlichen Quadratmetermietpreis von 194 Franken ideal. Das ist vergleichsweise günstig. Wichtig ist: Mit der heutigen Zustimmung zu diesem Mietobjekt gehen wir keine langfristige Bindung an den Standort ein. Ab Herbst 2021 können wir halbjährlich kündigen. Und wenn Sie dann mit Ihren Regierungsrätinnen und Regierungsräten gesprochen und sie überzeugt haben, können wir dort auch weiterfahren. Wenn Sie jetzt aber sagen, «abmieten», müssen wir per September 2021 raus.

Erlauben Sie mir abschliessend einen Blick zurück auf das letzte Jahr. Sie haben die Anmiete von Moutier nur für zwei Jahre genehmigt und die Auflage gemacht, man solle entweder eine Mietzinsreduktion aushandeln oder nach Alternativen Ausschau halten. Wir waren dank Ihnen erfolgreich. Die Anmiete der Rue Centrale dreiunddreissig – je m'excuse : trente trois – hat man neu verhandelt. Der Mietzins beträgt heute 386'000 Franken statt den bisherigen 504'000 Franken. Ein gutes Verhandlungsergebnis mit einem kleinen Wermutstropfen: Die Einsparung ist an eine Vertragslaufzeit von minimal fünf Jahren gebunden. Ich bitte Sie aber, auch dieser neu fünfjährigen Ausgabenbewilligung zuzustimmen, damit der Kanton die verhandelte Einsparung ans Trockene bringen kann. Wir vergeben uns nichts. Die Entscheide über die Zukunft von Moutier sind noch lange nicht gefällt. Ich gehe davon aus, dass wir mittelfristig sicher vor Ort bleiben werden. Ich fasse zusammen: Bitte lehnen Sie den Antrag Leuenberger ab. Schiessen Sie nicht aus der Hüfte. Bitte stimmen Sie allen Ausgabebewilligungen zu. Wir haben diese Anmieten, und wir brauchen diese Anmieten. Die Notwendigkeit ist unbestritten.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung, zuerst über den Antrag von Grossrat Leuenberger. Wer diesen Antrag annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.BVE.11045; Antrag Leuenberger, Trubschachen [BDP])

Vote (2019.BVE.11045 ; proposition Leuenberger, Trubschachen [PBD])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 61

Nein / Non 76

Enthalten / Abstentions 10

Präsident. Sie haben diesen Antrag abgelehnt, mit 76 Nein- gegen 61 Ja-Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Wir kommen zur Beschlussfassung über den Kredit. Wer den vorliegenden Kredit annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.BVE.11045)

Vote (2019.BVE.11045)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 146

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diesen Kredit gutgeheissen, und zwar einstimmig mit 146 Ja-Stimmen.